

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
26. - 27. Januar 2018, Hannover

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 26.01.2018
Tagesordnungspunkt: A Aktuelle Debatte: Zukunft ist, was wir draus machen

- 1 Die Erfahrung der letzten Wochen zeigt, wie wichtig eine engagierte, kontinuierliche und
- 2 beharrliche grüne Politik ist. Durch den Wahlkampf und die anschließenden Jamaika-
- 3 Sondierungsgespräche ist es uns gelungen, Klimaschutz und einer ökologisch-sozialen Politik
- 4 einen hohen Stellenwert zu geben. Doch die sich abzeichnende Große Koalition versagt beim
- 5 Klimaschutz. Jetzt ist es unsere Aufgabe, der Großen Koalition eine progressive grüne
- 6 Politik entgegen zu stellen und unseren Themen mit Visionen und Konzepten Einfluss und
- 7 Geltung zu verschaffen.
- 8 Schon mit bündnisgrüner Regierungsbeteiligung wäre es sehr schwierig geworden, die
- 9 deutschen
- 10 Klimaziele zu erreichen. Ohne uns sind sie faktisch verloren. Denn alle anderen politischen
- 11 Kräfte scheuen konkrete Vorschläge wie einen schnellen Kohleausstieg, eine emissionsfreie
- 12 Mobilität oder klimaneutrale Städte. Und auch in vielen anderen Bereichen gilt: Grün macht
- 13 den Unterschied. Wenn es um eine starke weltoffene Gesellschaft geht, in der wir Integration
- 14 fördern, Einwanderung als Chance verstehen und die sich durch eine humane und
- 15 rechtsstaatliche Flüchtlingspolitik auszeichnet. Wie wir eine menschenrechtsbasierte
- 16 Außenpolitik verwirklichen können, die die Globalisierung gerecht gestaltet, Fluchtursachen
- 17 bekämpft und auf eine faire Handelspolitik setzt. Bei der Aufgabe, den Zusammenhalt eines
- 18 starken und vereinten Europas zu sichern. Dabei, wie eine gerechte Verteilung zwischen
- 19 starken und schwachen Schultern aussieht, wie die skandalöse Kinderarmut in unserem
- 20 vermögenden Land beendet und gerechte Bildungschancen für alle Kinder – egal aus welchem
- 21 Elternhaus – erreicht werden können. Dabei, die Folgen der Digitalisierung ökologisch,
- 22 sozial und demokratisch zu gestalten, indem wir Freiheitsrechte stärken und uns für
- 23 Arbeitnehmer*innen einsetzen. Und nicht zuletzt dabei, wie wir die sozialen
- 24 Sicherungssysteme fit für die Zukunft machen, die Zweiklassenmedizin abschaffen, Altersarmut
- 25 beenden und zu gleichen Rechten und Möglichkeiten für Alle kommen – überall sind unsere
- 26 Antworten gefordert wie nie.
- 27 Und auch das haben die Sondierungen gezeigt: Es kann keine Rede davon sein, dass alle
- 28 Parteien mehr oder weniger gleich sind. Die Unterschiede zwischen den Parteien in wichtigen
- 29 Feldern sind teilweise tiefgreifend. Es ist ein großer Gewinn für unsere Demokratie, wenn
- 30 diese Unterschiede zum Ausdruck kommen. Es gibt wahrhaft keinen Grund für Verdruss an der
- 31 Demokratie. Meinungsstreit und Wertekonkurrenz sind so lebendig wie selten. Unser Anspruch
- 32 ist es, langfristige Visionen und konkretes Handeln zusammenzubringen, um unsere Zukunft zu
- 33 gestalten. Wir wollen Verantwortung für gesellschaftlichen Fortschritt übernehmen. Dafür ist
- 34 unser Maßstab im Handeln: Wie können wir das Leben der Menschen heute und in Zukunft
- 35 konkret
- 36 verbessern und unsere Lebensgrundlagen schützen? Als progressive Kraft der linken Mitte
- 37 haben wir den Anspruch, die Debatten in diesem Land, in Europa und weltweit in diesem Sinne
- voranzutreiben. Wir wollen den Menschen in Zeiten der Verunsicherung Orientierung bieten,
- mögliche Weichenstellungen aufzeigen. Wir setzen auf ein starkes Gemeinwesen als Rahmen, in

38 dem sich Einzelinteressen entfalten. Wir schützen unseren Planeten. Wir schauen nicht nur
39 auf Deutschland, sondern haben Europa und die ganze Welt im Blick.

40 Es muss auch und gerade unsere Aufgabe sein, Orientierung und Halt zu geben, um dem
41 Erstarken der antidemokratischen Kräfte und autoritären Tendenzen entgegenzuwirken. Indem
42 wir daran arbeiten, dass unsere Gesellschaft durch Solidarität und Zusammenhalt gewinnt,
43 statt dass sie durch Ausgrenzung und gnadenlosen Wettbewerb verliert. Durch eine Vielfalt an
44 spannenden politischen Alternativen. Und nicht zuletzt durch ein starkes grünes Angebot. Wie
45 auch immer sich der politische Prozess in diesem Land weitergestalten wird, wir stehen
46 bereit, ihm einen starken grünen Stempel aufzudrücken. Egal ob aus der Opposition, in
47 Regierungsverantwortung, bei einer Minderheitsregierung oder auch, falls es zu Neuwahlen
48 kommen sollte: Wir werden entschieden für unsere Inhalte eintreten. Wir Grünen werden in den
49 Ländern und Kommunen, im Bund und in Europa für die grüne Sache kämpfen – mit unseren
50 Mitgliedern, mit unseren Abgeordneten und Regierungsmitgliedern, mit Unterstützer*innen in
51 allen gesellschaftlichen Bereichen.

52 Wir bleiben eine Partei in Bewegung. Wir werden weiterhin den engen Schulterschluss mit
53 unseren Bündnispartner*innen suchen und noch intensivieren. Die sich abzeichnenden
54 ökologischen Katastrophen im Klimabereich oder beim Artensterben, aber auch die Umsetzung
55 einer humanitären Flüchtlingspolitik und die Verringerung der sozialen Spaltung in diesem
56 Land brauchen Druck im Parlament und durch die Zivilgesellschaft. Für unsere Positionen
57 werben wir auf der Straße und im Netz gemeinsam mit vielen anderen, die für die gleichen
58 Ziele streiten. Wir setzen auf Bündnisse mit den Umweltverbänden, mit den vielen - oft
59 ehrenamtlichen - Flüchtlingshelfer*innen, mit den fortschrittlichen Gewerkschaften und
60 Unternehmen, die erkannt haben, dass eine Wirtschaft auf Kosten der Umwelt keine Zukunft
61 hat, mit Menschen, die sich für eine gerechte Welt einsetzen, die Menschenrechte,
62 Gleichberechtigung und Rechtsstaatlichkeit hoch halten, die Nazis und Rassist*innen die rote
63 Karte zeigen, die sich für gleiche Rechte von allen Menschen, egal welchen Geschlechts,
64 einsetzen und sich für die körperliche und sexuelle Selbstbestimmung von Frauen stark
65 machen. Darüber hinaus sind wir als Partei Ansprechpartnerin für alle, die gemeinsam mit uns
66 die ökologisch-soziale Modernisierung vorantreiben und unser Land innovativer und kreativer
67 machen wollen. Wir haben in den letzten beiden Jahren einen deutlichen Mitgliederzuwachs
68 verzeichnet und sind so viele Grüne wie noch nie. Gemeinsam können wir der
69 Politikverdrossenheit entgegenwirken und so noch mehr Menschen für Grün begeistern.

70 Auch wenn die Bundesregierung noch nicht gebildet ist, dreht sich die Welt weiter. Im
71 Bundestag stehen wichtige Entscheidungen an. Im März 2018 läuft endlich die Aussetzung des
72 Familiennachzugs für subsidiär Geschützte aus. Diese Aussetzung des Familiennachzugs
73 widerspricht nicht nur dem Schutz der Familie im Grundgesetz und humanitären Grundwerten,
74 sondern sie steht einer gelingenden Integration im Wege. Eine Trennung von Müttern, Vätern
75 und ihren Kindern über den März 2018 hinaus wird von uns Grünen keine Zustimmung erhalten.
76 Wir werden mit einem breiten gesellschaftlichen Bündnis die gesellschaftliche Mehrheit für
77 den Familiennachzug in eine politische Mehrheit übersetzen und die Regelung auslaufen
78 lassen. Wir streiten für eine menschenrechtsorientierte Flüchtlingspolitik,
79 Rechtsstaatlichkeit und das uneingeschränkte Grundrecht auf Asyl, also ohne eine Obergrenze
80 und ohne Asylrechtsverschärfungen. Unseren Ansatz einer humanen Asylpolitik wollen wir mit
81 einer progressiven Einwanderungspolitik ergänzen, die nicht nur Hochqualifizierten offen

steht, sondern auch Geflüchteten oder geringer qualifizierten Menschen Chancen für langfristige oder temporäre Arbeits- und Bildungsmigration bieten.

Nach dem unverantwortlichen Alleingang von CSU-Landwirtschaftsminister Schmidt in Brüssel geht es uns jetzt darum, in den Bundesländern und Kommunen aktiv zu werden und die Nutzung vom Glyphosat und anderen gesundheits- und umweltschädlichen Pestiziden zu unterbinden. Auch wenn nationales Handeln nur der zweitbeste Weg ist, müssen wir jetzt in Deutschland den Glyphosatausstieg einleiten, so wie es andere europäische Länder bereits angekündigt haben. Wir brauchen Anwendungsverbote von Glyphosat beispielsweise auf öffentlichen Grünanlagen auf Spielplätzen und Bahnflächen. Doch das Hauptproblem ist der massive Glyphosateinsatz auf den Äckern. Unser Ziel ist den Glyphosateinsatz deutlich zu reduzieren und nach einer Übergangszeit mit den Landwirt*innen ganz auf umweltfreundliche Alternativen umzusteigen. Für uns zählt jeder Acker, jede Kommune, jeder Grünstreifen in jedem Bundesland: Wir werden gegen Gift kämpfen, damit Verbraucher*innen pestizidfreie Lebensmittel auf dem Teller haben und dem Artensterben Einhalt geboten werden kann.

Kommende Aufgaben

Wahlergebnis weiter auswerten

Wir haben damit begonnen, unser grünes Wahlergebnis mit vielen Aktiven auszuwerten. Das werden wir fortsetzen und daraus für kommende Wahlen Konsequenzen ziehen. Dabei reflektieren wir, warum wir als Grüne trotz eines engagierten Wahlkampfes unsere Ziele nicht erreichen konnten. Die Erfahrungen aus dem Programmprozess zur Bundestagswahl werden wir bei der Erarbeitung des Europawahl- und des Grundsatzprogrammes berücksichtigen. Die Einbindung von Fachgremien und -politiker*innen in die Programmprozesse wollen wir weiter verbessern. Die Urwahl der Spitzenkandidat*innen wollen wir technisch fortentwickeln und einen Vorschlag entwickeln, wie auch bei einer Urwahl mit mehreren Kandidat*innen die Wahlentscheidung mit mehr als der Hälfte der abgegebenen Stimmen erfolgen kann.

Bündnisgrün in den Ländern stärken

In den kommenden Jahren stehen wichtige Wahlen an. 2018 werden die Landtage in Bayern und Hessen gewählt. Unsere Freund*innen in den wahlkämpfenden Landesverbänden werden wir als Gesamtpartei mit aller Kraft unterstützen. Denn es geht um viel. In Bayern wollen wir einen kraftvollen, eigenen Gestaltungsanspruch erheben. Unser Ziel ist es, erstmals in Bayern ein gutes, zweistelliges Ergebnis zu erreichen und unsere grünen Ideen in Regierungsverantwortung umzusetzen. Wir werden die CSU deutlich in ihre Schranken weisen und sie inhaltlich stellen - in der Integrationspolitik, beim maßlosen Flächenverbrauch und der damit einhergehenden Zerstörung der Natur und zeigen, wie es besser geht. Die CSU ist nicht Bayern. Unser grünes Bayern ist Heimat, die nicht ausgrenzt, zu der alle dazu gehören und

117 gebraucht werden. Die Menschen in Bayern haben die ewige Quertreiberei der CSU in der
118 Bundespolitik satt. In Hessen wollen wir als eine starke eigenständige Gestaltungskraft in
119 die Wahlauseinandersetzung gehen. Mit einem starken Ergebnis haben wir die Chance, Teil
120 einer Landesregierung zu bleiben. Wir haben die Richtung der Politik in Hessen geändert und
121 wir sind noch nicht am Ziel. Unser Motto lautet: „Grün wirkt weiter - #Hessen 2025“. Hessen
122 soll weiter grüner und gerechter werden und weltoffen bleiben.

123 **Bündnisgrüne als gesamtdeutsche Partei**

124 2019 stehen die Landtagswahlen von Sachsen, Brandenburg und Thüringen an, dazu kommen
125 Kommunalwahlen im Frühjahr 2019 in allen fünf ostdeutschen Bundesländern. Viele Menschen
126 vertrauen auf uns Bündnisgrüne in den Parlamenten, als Verbündete für ihre Anliegen und
127 darauf, gemeinsam für eine ökologische, soziale und demokratische Gesellschaft einzutreten.
128 2019 werden wir alles geben, damit wir auch weiterhin erfolgreich aus den ostdeutschen
129 Kommunalparlamenten und den Landtagen von Sachsen, Brandenburg und Thüringen heraus
die
130 progressive Zivilgesellschaft stützen können, und wir wollen unseren Charakter als
131 gesamtdeutsche Partei verteidigen. Daher begreifen wir die Unterstützung der ostdeutschen
132 Landesverbände als zentrale Aufgabe der Partei. Gemeinsam mit den Landesverbänden werden
wir
133 frühzeitig diese Wahlen auf Grundlage der Analyse der ostdeutschen Bundestagswahlergebnisse
134 vorbereiten. Das bedeutet vor allem auch, die bündnisgrünen Strukturen in diesen
135 Bundesländern personell wie organisatorisch zu stärken, damit wir bei den anstehenden Wahlen
136 und darüber hinaus zulegen und uns entschieden für die bündnisgrüne Sache einsetzen können.

137 **Europawahl vorbereiten**

138 Wir bereiten uns intensiv auf die Europawahl im Frühjahr 2019 vor. Diese Wahl wird
139 entscheidend sein, wie sich die EU in den kommenden Jahren entwickeln wird. Wir Grüne
140 bekennen uns klar zur Europäischen Union und wollen die europäische Idee stärken und
141 demokratisch fortentwickeln. Dazu gehört für uns die Diskussion über die Vorschläge von
142 Frankreichs Präsident Macron. Wir wollen nicht zulassen, dass der Brexit die verbliebenen
143 Mitglieder der EU auseinanderreibt. Wir schlagen ein sozial-ökologisches
144 Modernisierungsprojekt für Europa vor, weg von Austerität hin zu mehr Investitionen und
145 Reformen. Wir stehen für eine starke EU, die auch in Zeiten von Globalisierung und
146 Digitalisierung soziale und ökologische Rechte setzen kann. Wir stellen uns
147 Rechtspopulist*innen, völkischen Nationalist*innen und Europafeind*innen entgegen. Diesen
148 bieten wir die Stirn und setzen auf eine bessere EU, die Umwelt- und Klimaschutz, den Abbau
149 sozialer Ungleichheit, Demokratie und Rechtstaatlichkeit, Freiheit und Frieden, Humanität,
150 Solidarität und Weltoffenheit ins Zentrum stellt. Unser Ziel für die Europawahl 2019 ist es,
151 das bisher beste grüne Ergebnis bei bundesweiten Wahlen zu erreichen, um wieder eine starke
152 und gesamteuropäische Grüne Fraktion in Brüssel zu stellen. Dafür werden wir auf einer BDK
153 bis Ende 2018 ein zukunftsorientiertes Europawahlprogramm beschließen (mit den gleichen
154 Antragsfristen wie bei der letzten Bundestags- und Europawahl) und eine schlagkräftige Liste
155 aufstellen. Dazu wollen wir auf europäischer Ebene mit einem Programm der European Green
156 Party und europäischen Spitzenkandidat*innen in einer grün-europäischen Kampagne einen klar

157 proeuropäischen Wahlkampf führen. Wir wollen für ein besseres Europa kämpfen - an der Seite
158 von progressiven Bewegungen und über die Landesgrenzen hinweg. Wir sind die Europapartei.

159 **Demokratie stärken, Rechtsextremismus bekämpfen**

160 In einem breiten Bündnis gegen Rechts stehen wir an der Seite der Zivilgesellschaft, mit der
161 wir zusammen gegen Rechtsextremismus und für eine freiheitliche, plurale, demokratische und
162 weltoffene Gesellschaft streiten. Antisemitismus in all seinen Erscheinungsformen und
163 anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit treten wir entschieden entgegen.
164 Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung lehnen wir ab.

165 Die Grüne Rechtsextremismuskommision des Bundesvorstandes wird auch in den kommenden
Jahren
166 zusammen mit grünen Rechtsextremismusexpert*innen aus Bund und Ländern, der
Wissenschaft und
167 Zivilgesellschaft Strategien gegen Rechts erarbeiten und evaluieren.

168 Das Ziel der extremen Rechten ist es nicht, am demokratischen Diskurs teilzunehmen. Ganz im
169 Gegenteil versuchen sie demokratische Prozesse grundsätzlich in Frage zu stellen mit dem
170 Ziel, die Gesellschaft autoritär und völkisch zu gestalten. Dem werden wir uns an allen
171 Orten und zu jeder Zeit klar entgegen stellen. Wir fordern alle Parteien zu einer klaren
172 Grenzziehung zu antidemokratischen Kräften und einer Ablehnung rechtsextremer Rhetorik auf.
173 Mit Schulungen, Seminaren und konkreten Handreichungen wollen wir unsere Mitglieder
174 fortbilden, damit sie gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Antisemitismus und
175 rechtsextreme Narrative erkennen und dagegen halten können. Auch die zahlreichen
176 zivilgesellschaftlichen Institutionen in diesem Bereich verdienen staatliche und politische
177 Unterstützung und Anerkennung. Jeglichen staatlichen Generalverdacht und Druck gegen
178 zivilgesellschaftliche Akteure, etwa anlasslose Überwachungen durch den Verfassungsschutz,
179 lehnen wir ab.

180 **Programmatik neu vermessen und Beteiligung stärken**

181 Für uns als Partei steht 2020 der 40. Geburtstag an. Auf der BDK im November 2016 haben wir
182 beschlossen, dass wir aus diesem Anlass ein neues Grundsatzprogramm erarbeiten und unsere
183 Beteiligungsmöglichkeiten durch die Chancen von Digitalisierung ausweiten. Unser aktuelles
184 Grundsatzprogramm „Die Zukunft ist Grün“ hat uns gute Dienste geleistet. Aber seit dem
185 Beschluss im Jahr 2002 hat sich die Welt weitergedreht. Die Digitalisierung und
186 Automatisierung stellt unsere Gesellschaften vor neue Herausforderungen und bietet
187 gleichzeitig neue Chancen. Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist brüchiger geworden,
188 während die Globalisierung die Welt näher zusammenwachsen hat lassen. Die Klimakrise und
das
189 Artensterben haben sich beschleunigt. Die globalen Machtverhältnisse haben sich verändert.
190 Europa steht vor neuen Aufgaben. Für uns gilt es, unsere grünen Antworten auf diese
191 Herausforderungen anzupassen und mit neuen Visionen zu begeistern.

192 Im Prozess zum Grundsatzprogramm werden wir alle Ebenen der Partei einbinden und die
193 Beteiligungsmöglichkeiten deutlich ausweiten. Zur Steuerung und Koordinierung des Prozesses
194 bitten wir den Bundesvorstand, eine Grundsatzkommission einzusetzen. Der Startschuss für die
195 Erarbeitung soll in der ersten Jahreshälfte 2018 gegeben werden. Die Mitglieder, die
196 Landesverbände und Bundesarbeitsgemeinschaften sollen in zwei Diskussionsphasen
eingebunden

197 werden. Der gesamte Prozess soll durch einen online-gestützten Beteiligungsprozess begleitet
198 werden. Dabei sollen mit inhaltlichen Mitgliederbefragungen und elektronischen
199 Mitgliederbegehren neue Wege der Beteiligung gegangen werden. Wir werden dabei auf die
200 gleichberechtigte Beteiligung von Frauen achten. Als Bewegungspartei wollen wir auch unsere
201 Bündnispartner in den Prozess einbeziehen und uns mit ihren Forderungen auseinandersetzen.

Beiträge der Mandatsträger*innen an den Bundesverband



Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
26. - 27. Januar 2018, Hannover

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 27.01.2018
Tagesordnungspunkt: H Haushalt

- 1 Die Bundespartei macht von ihrem durch das Parteiengesetz formulierten und in der
- 2 Bundessatzung hinterlegten Recht Gebrauch, Mandatsträger*innen-Beiträge von ihren
- 3 Mandatsträger*innen und Inhaber*innen von Regierungsämtern auf Bundes- und Europaebene
- 4 zu
- 5 erheben.
- 6
- 7 1. Mandatsträger*innen-Beiträge werden von den Abgeordneten des Deutschen
- 8 Bundestages und
- 9 des Europaparlaments, von Mitgliedern der Regierung der Bundesrepublik
- 10 Deutschland und
- 11 EU-Kommissar*innen, von Parlamentarischen Staatssekretär*innen und
- 12 Staatssekretär*innen sowie Präsident*innen und Vizepräsident*innen des Deutschen
- 13 Bundestages bzw. des EU-Parlamentes erhoben.
- 14
- 15 2. Bemessungsgrundlage für die Ermittlung der Mandatsträger*innen-Beiträge sind die
- 16
- 17 jeweiligen Diäten, die Abgeordnetenentschädigungen bzw. Besoldungsbeträge.
- 18
- 19 3. Die Höhe des Mandatsträger*innen-Beitrages beträgt grundsätzlich 19% der
- 20 Bemessungsgrundlage.
- 21
- 22 4. Je kindergeldberechtigendem Kind können 250,00 € pro Monate in Abzug gebracht
- 23 werden.
- 24
- 25 5. Unterhaltsverpflichtungen bzw. tatsächliche Unterhaltsleistungen können ebenfalls
- 26
- 27 abgezogen werden. Darüber entscheidet bei Bundestagsabgeordneten der/die
- 28 Bundesschatzmeister*in mit einem Mitglied des geschäftsführenden
- Fraktionsvorstandes,
- bei Europaabgeordneten der/die Bundesschatzmeister*in mit einer/m Vertreter*in
- der
- Europagruppe DIE GRÜNEN. Für andere Beitragsverpflichtete gilt diese
- Zuständigkeitsregelung entsprechend.
- 6.
- Ist eine beitragspflichtige Person gleichzeitig Mitglied des Bundesvorstandes von
- BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, bezieht sie nach der Finanzordnung des
- Bundesvorstandes keine
- Vergütung von der Partei. Als Ausgleich für die Doppelbelastung werden in diesen
- Fällen keine Mandatsträger*innen-Beiträge erhoben.
- 7.
- Die endgültige Höhe der abzuführenden Beiträge ergibt sich nach Berücksichtigung
- der
- Regelungen der Absätze 3) bis 6).
- 8.
- Die Erhebung der Beträge nach Absatz 7) erfolgt grundsätzlich durch die
- Bundespartei.
- Davon ausgenommen sind die Beiträge der Mitglieder des Deutschen Bundestages
- (MdB).

- 29 Diese werden von den jeweiligen Landesverbänden von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
erhoben.
- 30 9. Von den Beiträgen der MdB nach Absatz 7), die an die Landesverbände abgeführt
werden,
31 erhält die Bundespartei 73 % pro MdB und Monat. Dies gilt nur für MdBs ohne
32 Regierungsamt.

Mitgliedschaft im Bundesvorstand und Mandat



Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
26. - 27. Januar 2018, Hannover

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 27.01.2018
Tagesordnungspunkt: S Satzung

- 1 § 15 Abs. 4 der Satzung des Bundesverbandes Bündnis 90/Die Grünen wird zur Konkretisierung
- 2 um einen Satz 3 erweitert, der wie folgt lautet: „Werden in Satz 2 bezeichnete Personen in
- 3 den Bundesvorstand gewählt oder erlangen Mitglieder des Bundesvorstandes ein solches Amt,
- so
- 4 haben sie eines der Ämter in einer Übergangsfrist von acht Monaten niederzulegen.“

Fortführung des Fonds zur Unterstützung von Wahlkämpfen („Solifonds“)

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
26. - 27. Januar 2018, Hannover

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 27.01.2018
Tagesordnungspunkt: H Haushalt

- 1 1. Der 2010 durch BDK-Beschluss eingerichtete Fonds zur Unterstützung von
2 Wahlkämpfen und
3 Volksentscheiden („Solifonds“) hat sich bewährt und wird weitergeführt.
- 3 2. Der Solifonds speist sich aus einem Anteil von 2% an den staatlichen Mitteln, die
4 vom
5 Bundesverband an die Landesverbände ausgeschüttet werden.
- 5 3. Die Verwaltung des Solifonds erfolgt durch das in der Satzung dafür vorgesehene
6 Gremium; es wird ein jährlicher Bericht über die Verwendung der Mittel vorgelegt.
- 7 4. Der Fonds wird vom Bundesverband buchhalterisch verwaltet und als eigener
8 Posten in
9 seinem Jahresabschluss ausgewiesen. Dies gilt für alle Zweige dieses Fonds (zur
10 Zeit:
11 Weiterbildungsfonds).
- 10 5. Anträge für die Unterstützung können von Landesverbänden und dem
11 Bundesverband in
12 folgenden Fällen gestellt werden:
 - 12 1. für Wahlkämpfe von Landesverbänden ohne Landtagsfraktion
 - 13 2. für Wahlkämpfe von anderen Landesverbänden in begründeten
14 Ausnahmefällen
 - 14 3. für Volksentscheide auf Landesebene, wenn diese eine hinreichende
15 Erfolgsaussicht und eine bundesweite Bedeutung haben
 - 16 4. zur einmaligen Unterstützung beim Erhalt wichtiger Strukturen in
17 Landesverbänden
18 ohne Landtagsfraktion
 - 18 5. zur einmaligen Finanzierung oder Co-Finanzierung von Projekten, die der
19 Partei
20 zur Vorbereitung und Unterstützung in Wahlkämpfen dienen.
- 20 6. Das in der Satzung dafür vorgesehene Gremium entscheidet über Anträge nach
21 Vorlage
einer aktuellen mittelfristigen Finanzplanung inklusive

(Wahlkampf-)Haushaltsplanung
der zu unterstützenden Gliederung.

7. Das in der Satzung dafür vorgesehene Gremium entscheidet, ob und in welcher
Höhe ein
Teil der Unterstützung als Darlehen gewährt wird.

8. Der Solifonds, sowie seine Verwaltungs- und Vergabeverfahren werden nach fünf
Jahren
evaluiert und für die BDK ausgewertet.

9. Aus diesem Solifonds sollen wie von der BDK 2014 beschlossen weiterhin jährlich
85.000
Euro in den Weiterbildungsfonds zugeführt werden. Zur Aufteilung und Kontrolle
dieser
Mittel ist das in der Satzung dafür vorgesehene Gremium zuständig.

10. Der Bundesfinanzrat wird beauftragt, den Verteilungsschlüssel für die staatliche
Grundfinanzierung zwischen Bundesverband und Landesverbänden sowie zwischen
den
Landesverbänden bis zur BDK 2019 zu evaluieren und so ausrichten, dass überall
auf
Landesebene die Finanzierung einer Grundstruktur möglich ist. Die regelmäßigen
Anträge
von Ost-Landesverbänden an den Solifonds deuten darauf hin, dass es hier
strukturelle
Probleme gibt, die zügig angegangen werden sollten.